Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3561

25. 11. 88

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 30. November 1988

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

1. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Widersprüche zwischen den Äußerungen des Bundesumweltministers Dr. Töpfer in der Aktuellen Stunde zum Schnellen Brüter am 22. September 1988 und dem diesbezüglichen Schreiben des Landwirtschaftsministers des Landes Nordrhein-Westfalen, Jochimsen, vom 31. Oktober 1988 an den Bundestagspräsidenten über die Punkte, ob sich die atomrechtliche Genehmigungsbehörde der Weisung Herrn Töpfers angeschlossen hätte und ob der Antragsteller alle erforderlichen Unterlagen für eine abschließende Sicherheitsbeurteilung des Schnellen Brüters vorgelegt hätte, und wie kann es zu diesen unterschiedlichen Auffassungen über nachvollziehbare Fakten überhaupt kommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

2. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Position des Deutschen Industrie- und Handelstages, daß insbesondere im Hinblick auf das Verbot der mengenmäßigen Beschränkung und das Verbot der werbenden Preisgegenüberstellung der angestrebte Erfolg der UWG-Novelle seit dem Urteil des Bundesgerichtshofes, wonach das Verbot nur dann gilt, wenn einzelne Waren im Vergleich zu sonstigen Angeboten werbemäßig besonders herausgestellt werden, in hohem Maße gefährdet sei?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

3. Abgeordneter **Seidenthal** (SPD)

Trifft es zu, daß soziale/kulturelle Zonenrandmittel des Bundes, die für den Bereich der Bezirksregierung Braunschweig vorgesehen sind, von dieser Behörde selbständig bzw. in eigener Kompetenz vergeben werden, ohne daß die niedersächsische Landesregierung bzw. die Bundesregierung auf Zweck, Umfang und Abwicklung der Förderung im Einzelfall Einfluß nehmen?

4. Abgeordneter **Seidenthal** (SPD)

Trifft es zu, daß die 1988 von der Bundesregierung für den Bau und die Einrichtung von Schulen und Kindergärten im niedersächsischen Zo-

nenrandgebiet vorgesehenen Haushaltsmittel nicht in voller Höhe abgerufen worden sind und deswegen trotz offenkundigen Bedarfs in andere Bereiche umgeplant werden mußten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

5. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Informationen über Unterschiede in den Miethöhen für ansonsten vergleichbare Wohnungen vor, die durch unterschiedliche Verkehrslärmbelästigungen verursucht sind?

6. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Gibt es Erkenntnisse dazu, in welchem Ausmaß wesentliche Änderungen des Verkehrs (Ab- oder Zunahme) in der Umgebung von Häusern den Wert und die Mieten beeinflussen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

7. Abgeordneter **Jäger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Sorge um den Deutschland als Ganzes betreffenden niedrigen Wissensstand von jungen Menschen, wie er aus den jüngsten Veröffentlichungen des Deutschen Lehrerverbandes hervorgeht, und was wird die Bundesregierung tun, um auf die Bundesländer mit dem Ziel einzuwirken, den Deutschlands Geschichte, seine Teilung durch die UdSSR, die Lage der Menschen und ihrer Menschenrechte in den kommunistisch beherrschten Teilen Deutschlands und die Bemühungen zur Überwindung der Teilung Deutschlands betreffenden Unterricht an den Schulen nachhaltig zu verstärken und zu erweitern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

8. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Ausgaben für Haushaltshilfen steuerlich geltend machen zu können, um der in Zukunft stark anwachsenden Zahl älterer Menschen die Chance zu eröffnen, möglichst lange selbständig und unabhängig leben zu können,

die bäuerlichen Familien im Bereich der Haushaltsführung zu entlasten und so einen Anreiz zur Beschäftigung von Haushaltshilfen zu geben, um so neue Arbeitsplätze zu schaffen?

9. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für möglich, daß die steuerliche Anerkennung der Ausgaben für Haushaltshilfen kompensiert werden durch die Steuereinnahmen, die dadurch entstehen, daß die Haushaltshilfen selbst Steuern bezahlen und soziale Kosten (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe etc.) gesenkt werden, da nun vormals Arbeitslose Arbeit erhalten?

10. Abgeordnete **Frau Adler** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die automatische Eintragung der Kinder auf der Lohnsteuerkarte durch die Gemeinden wieder auf das achzehnte Lebensjahr – statt bisher sechzehn Jahre – aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung heraufzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

11. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Trifft es zu, daß die EG-Kommission nach Prüfung des Antrags der italienischen Regierung hinsichtlich des Finsider-Konzerns „Anpassungshilfe in Höhe von ungefähr 10 Milliarden DM zu genehmigen" ihre grundsätzliche Bereitschaft signalisiert hat, diesen Antrag zu befürworten?

12. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Wie ist die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage, und ist sie bereit, mit der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl sich nachhaltig für die Ablehnung dieses Antrages in der EG-Ministerrunde einzusetzen?

13. Abgeordnete **Frau Beck-Oberdorf** (DIE GRÜNEN)

Unter welcher Position der Ausfuhrliste zur Außenwirtschaftsverordnung sind die von MBB gefertigten und am 20. März 1985 für die Ausfuhr nach Südafrika genehmigten Multisensorplattformen erfaßt, und wieso wurde eine Ausfuhrgenehmigung für Südafrika erteilt, obwohl es im völkerrechtlich verbindlichen Rüstungsembargo (Resolution 418 [1977] vom 4. November 1977 wörtlich heißt: „Der Sicherheitsrat . . . beschließt, daß alle Staaten ab sofort die Lieferung von Waffen und dazugehörigem Material aller Art nach Südafrika einzustellen haben, einschließlich des Verkaufs oder der Weitergabe von Waffen und Munition, von Militärfahrzeugen und Ausrüstungen, von paramilitärischer Polizeiausrüstung sowie von Ersatzteilen für die vorgenannten Gegenstände . . ."?

14. Abgeordnete **Frau Beck-Oberdorf** (DIE GRÜNEN)	Sind der Bundesregierung die Geschäftsberichte und Hauszeitungen der Firma MBB bekannt, und kennt sie demzufolge den MBB-Geschäftsbericht von 1983, in dem es unter der Rubrik „Gerätetechnik" auf Seite 27 heißt: „Die im Bereich Marine- und Sondertechnik entwickelten und gefertigten Flugbahnvermessungsanlagen dienen der Erprobung bemannter und unbemannter Waffensysteme. Für diese Anlagen werden unter der Bezeichnung ‚Multisensorplattform' hochpräzise, dynamische Richtplattformen gebaut . . .", und warum wurde dennoch 1985 eine Ausfuhrgenehmigung für die Lieferung dieser Anlagen nach Südafrika erteilt?
15. Abgeordnete **Frau Olms** (DIE GRÜNEN)	Wie hat die Bundesregierung überprüft, ob die für Südafrika genehmigte Multisensorplattform für zivile Zwecke konstruiert bzw. geeignet ist, und wer sind die südafrikanischen Besteller der Anlagen?
16. Abgeordnete **Frau Olms** (DIE GRÜNEN)	Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um zu verhindern, daß bundesdeutsche Firmen die südafrikanische Armee ausrüsten, und welche Konsequenzen zieht sie aus der Tatsache, daß beispielsweise der südafrikanische Olifant-Panzer mit speziellen Motoren aus der Bundesrepublik Deutschland ausgerüstet wird bzw. ausgerüstet ist (vgl. Pretoria News, 1. September 1988)?
17. Abgeordnete **Frau Bulmahn** (SPD)	Wie hoch waren die Zuwendungen für Forschung und Entwicklung der verschiedenen Bundesressorts an die in der MBB GmbH fusionierten Unternehmen seit Beginn der staatlichen Förderung insgesamt sowie im vergangenen Jahr?
18. Abgeordnete **Frau Bulmahn** (SPD)	Wie hoch waren die sonstigen Subventionen, die die in der MBB GmbH fusionierten Unternehmen im gleichen Zeitraum erhalten haben?
19. Abgeordneter **Gansel** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Republik Südafrika im Besitz der Pläne oder von Kenntnissen zum Bau des Kampfpanzers Leopard II – oder eines gleichwertigen Modells – ist, und wie ist es möglich, daß die durch militärische Geheimhaltung geschützten Unterlagen dorthin gelangen konnten?
20. Abgeordneter **Gansel** (SPD)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Versuch zweier ehemaliger Mitarbeiter des Rüstungskonzerns Krauss-Maffei, ohne die erforderliche Genehmigung der Bundesregierung Pläne und Know-how für die Produktion des Kampfpanzers Leopard II an die Arabischen

Emirate zu liefern, gemäß der Interpretation des Außenwirtschaftsgesetzes durch die Oberfinanzdirektion Kiel in Sachen „IKL und HDW" nicht zu beanstanden ist, wenn nur ein Teil der zur Produktion eines Kampfpanzers erforderlichen Unterlagen angeboten worden ist?

21. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Trifft es zu, daß zwei ehemalige Mitarbeiter des Rüstungskonzerns Krauss-Maffei versucht haben, ohne die erforderliche Genehmigung der Bundesregierung Pläne und Know-how für die Produktion des Kampfpanzers Leopard II an die Arabischen Emirate zu liefern und wenn ja, um welche Unterlagen handelt es sich dabei im einzelnen?

22. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für möglich, daß die beiden ehemaligen Mitarbeiter des Rüstungskonzerns Krauss-Maffei, die versucht haben sollen, Pläne und Know-how für die Produktion des Kampfpanzers Leopard II ohne die erforderliche Genehmigung der Bundesregierung an die Arabischen Emirate zu liefern, zu ihrer Tat durch die in Abstimmung mit der Bundesregierung getroffene Entscheidung der Oberfinanzdirektion Kiel ermutigt worden sind, der zufolge der Export von Unterlagen zur Kriegswaffenproduktion auch ohne Genehmigung der Bundesregierung legal ist, wenn keine vollständigen Pläne geliefert werden sollen?

23. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Mit welchen Mitteln wird die Bundesregierung die von einer kanadischen Bauträger- und Immobiliengesellschaft geplante Errichtung eines Einkaufs-, Freizeit- und Vergnügungszentrums in Oberhausen unterstützen, oder sieht sie in dem Projekt eine Gefahr für die ansässigen mittelständischen Unternehmen?

24. Abgeordneter **Schemken** (CDU/CSU)

Erhält die Kanadische Immobiliengesellschaft „T. F. C. Ltd." für den geplanten Bau eines Supereinkaufszentrums mit Freizeiteinrichtungen auf dem Thyssen-Areal in Oberhausen finanzielle Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt?

25. Abgeordneter **Schemken** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung durch die Errichtung von solchen übergroßen Einkaufs- und Vergnügungszentren Wettbewerbsnachteile für den Einzelhandel?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

26. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die einmütige Meinung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, daß die Bundesforschungsanstalt für gartenbauliche Pflanzenzüchtung in Ahrensburg erhalten werden sollte?

27. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Existenz der Bundesanstalt für gartenbauliche Pflanzenzüchtung und anderer Forschungseinrichtungen in dieser Region ausschlaggebend war für die starke Förderung des Forschungsschwerpunktes „Angewandte Molekularbiologie" an der Universität Hamburg (Fachbereich Biologie) durch den Bundesminister für Forschung und Technologie, und teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß nach einer Verlegung der Ahrensburger Institute die bestehende Kooperation von grundlagenorientierter und angewandter Forschung zwischen der Technischen Universität Hamburg-Harburg, der Universität Hamburg (Fachbereich Biologie) und den Forschungsanstalten des Bundes zukünftig unmöglich wäre?

28. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Agrarkosten der Europäischen Gemeinschaft in 1988/89 entwickelt, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, mit den eingesparten Finanzmitteln den Landwirten, die im Marktfruchtbau schwere Verluste hinnehmen mußten, in der Europäischen Gemeinschaft und/ oder der Bundesrepublik Deutschland zu helfen?

29. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Regierung der Niederlande ca. 20 Millionen DM in 1988 für die Erneuerung von Gewächshäusern einsetzt, und wie wird die Bundesregierung darauf reagieren angesichts der Tatsache, daß die Niederlande der entscheidende Wettbewerber im Bereich Intensivgartenbau sind?

30. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Mit welcher Begründung hat die Bundesregierung die Verpflichtung der Mischfutterhersteller zur offenen Deklaration der Zusammensetzung des Mischfutters nach Prozentanteilen im Juni 1988 aufgehoben und statt dessen die sogenannte halboffene Deklaration zugelassen, bei der nur noch die im Mischfutter enthaltenen Ausgangserzeugnisse, nicht aber deren prozentuale Anteile genannt werden müssen?

31. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß damit ein Informationsrecht der Verbraucher von Mischfutter unterlaufen wird, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die früher geltende Deklarationsvorschrift wiederherzustellen?

32. Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD)

Kann die Bundesregierung sich der Bewertung, die sich aus der Begründung zum Antrag des Landes Niedersachsen im Bundesrat auf halboffene Deklaration von Mischfutter ergibt, anschließen, daß in der Hauptsache die überregionalen Mischfutterhersteller die geschlossene und in der Hauptsache die hofnahen Mischfutterher-

steller die offene Deklaration wollen, und kann die Bundesregierung mitteilen, wie groß die Marktanteile der überregionalen und die der hofnahen Mischfutterhersteller sind?

33. Abgeordneter **Oostergetelo** (SPD)

Steht die Bundesregierung nach wie vor zu ihrer grundsätzlich befürwortenden und fördernden Position bezüglich der offenen Deklaration, wie sie sie z. B. bei der Einführung der 5. Futtermittelverordnung deutlich hat werden lassen, oder muß die Antwort der Bundesregierung auf die Frage 35 aus Drucksache 11/2961 so verstanden werden, daß die Bundesregierung nach dem Beschluß des Bundesrates vom 10. Juni 1988 keine weiteren Anstrengungen mehr unternommen hat, die offene Deklaration zu erhalten, und damit ihre grundsätzliche Überzeugung einfach hat fallen lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

34. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Anträge auf Wiederaufleben der Witwenrente nach § 1291 Reichsversicherungsordnung wegen der vor 1957 unterschiedlichen gesetzlichen Regelung in der Invaliden- und Angestelltenversicherung abgelehnt wurden, und ist sie angesichts der grundgesetzlichen Gleichbehandlungsvorschrift bereit, diese unterschiedliche Behandlung der Arbeiter- und Angestelltenwitwen zu ändern?

35. Abgeordneter **Graf von Waldburg-Zeil** (CDU/CSU)

Welche Vorsorge will die Bundesregierung treffen, um beim zunehmenden Mangel von Pflegekräften die Vorstellungen des Gesetzgebers zur Gewährung eines Urlaubs für zu Hause pflegende Angehörige nach dem Gesundheits-Reformgesetz auch einlösen zu können?

36. Abgeordneter **Müller (Wesseling)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun hinsichtlich der Festlegung der Personalbemessungswerte in den psychiatrischen Kliniken?

37. Abgeordneter **Müller (Wesseling)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, die sozial-psychiatrischen Dienste am Wohnort weiter auszubauen bzw. zu bezuschussen, damit dort die Nachsorge durchgeführt werden kann?

38. Abgeordneter **Grünbeck** (FDP)

Hält es die Bundesregierung für angemessen, daß Gewerbeaufsichtsämter bundesweit und gezielt gegen zahntechnische Labors vorgehen, die als Zulieferer der Zahnärzteschaft auf Grund der

Gesundheitsreform zur Zeit die von ihnen geforderten Leistungen nur durch Überstunden erbringen können, und ist die Bundesregierung bereit, in Gesprächen mit den Ländern darauf hinzuwirken, daß dieses künftig unterbleibt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

39. Abgeordneter **Dr. de With** (SPD)

Hat die Bundesregierung an der Aufstellung des auf Atomunfälle bezogenen Dokuments USCINCEUR CONPLAN 4367-87 der US-Streitkräfte in Europa mitgewirkt?

40. Abgeordneter **Dr. de With** (SPD)

Welche rechtliche Qualität hat das Dokument USCINCEUR CONPLAN 4367-87 auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland?

41. Abgeordneter **Opel** (SPD)

Wie hoch waren die zusätzlichen Kosten (z. B. Treibstoffverbrauch pro Kilogramm zusätzlicher Nutzlast) des Transportes von Nordseewasser, der laut Bericht der Husumer Nachrichten vom 3. November 1988 vom Luftwaffentransportgeschwader 63 von Hohn nach Köln-Wahn durchgeführt worden ist bzw. mehrfach durchgeführt wurde, und durch welchen Haushaltstitel sind diese Kosten abgedeckt?

42. Abgeordneter **Opel** (SPD)

Trifft es zu, daß der Kommodore des Husumer Jagdbombergeschwaders 41 die Zuständigkeit besitzt, für den Transport von Seewasser von Nordstrand nach Hohn Kraftfahrzeuge, Wasserbehälter, Transportbehälter oder ähnliches bereitzustellen, und wie hoch sind die zusätzlichen Aufwendungen, die dadurch dem Einzelplan 14 entstehen, bzw. von welchem Haushaltstitel werden diese Mehrkosten abgedeckt?

43. Abgeordnete **Frau Adler** (SPD)

Ist die Bundesregierung vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Wehrpflichtigen bereit, die Streichung des Zuschusses zur Lebensversicherung für Soldaten laut Schnellbrief des Bundesministeriums der Verteidigung S II/3, Abteilung 23.1202, vom 31. August 1988 rückgängig zu machen?

44. Abgeordneter **Heistermann** (SPD)

Glaubt die Bundesregierung, daß es ihrer eigenen Reservistenkonzeption dienlich ist, wenn heute Reservisten nach Reservistenübungen bis zu zehn Wochen auf die Überweisung ihrer Ansprüche aus dem Unterhaltssicherungsgesetz warten müssen?

45. Abgeordneter **Heistermann** (SPD)

Könnte sich die Bundesregierung ein System vorstellen, wonach die notwendige Unterhaltssicherung durch einen sofortigen Abschlag in Höhe von 80 v. H. sichergestellt und der Rest später abgerechnet wird?

46. Abgeordneter **Gerster (Worms)** (SPD)

Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, daß im Führungsstab des Heeres realistischere Alternativen zur Heeresstruktur 2000 bis 1989 erarbeitet werden sollen, da Probleme bei der Gewinnung von Zeitsoldaten und der Finanzierung einer Verringerung der Anzahl der Heeresbrigaden unter 42 zur Folge haben können?

47. Abgeordneter **Gerster (Worms)** (SPD)

Trifft es zu, daß im Führungsstab des Heeres die Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate und das angebliche „operative Minimum" der präsenten Bundeswehr von 456 000 Soldaten angesichts der ergebnisoffenen Strukturplanung in Frage gestellt werden?

48. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wird die Bundesregierung mit den US-Streitkräften ähnlich wie beim Fluglärm auch in bezug auf den Schießlärm z. B. am Truppenübungsplatz Grafenwöhr über eine Lärmpause an Sonn- und Feiertagen sprechen, und welche Initiativen sind in dieser Richtung bisher entfaltet worden?

49. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Welches Ergebnis hatten die Gespräche mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Rückverlagerung des Militärverkehrs von der Straße auf die Schiene, und bis wann ist mit positiven Konsequenzen, z. B. im Raum Grafenwöhr, zu rechnen?

50. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Ist die Bundesregierung unter dem Aspekt der Sicherheit der Zivilbevölkerung vor Giftgas-Katastrophen rechtlich und tatsächlich in der Lage, Einfluß auf die Anzahl und die Gattung der im amerikanisch genutzten Munitionslager Dülmen-Visbeck gelagerten Waffen und Munitionsbestände zu nehmen?

51. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß im amerikanischen Teil des Munitionsdepots in Dülmen-Visbeck offenbar Munition gelagert wird, die – wie kürzlich geschehen – bei geringer unsachgemäßer Behandlung beschädigt werden kann und dann den Verdacht des Austritts stark ätzender Säuredämpfe hervorruft?

52. Abgeordneter **Horn** (SPD)

Welche – aus dem MoU hervorgehenden – juristischen und finanziellen Konsequenzen ergeben sich für Spanien für den Fall, daß es sich später zu einer Reduzierung seines Anteils am Entwicklungsprogramm EFA auf einen Betrag entsprechend der in seinem Land ausgeführten Arbeiten entscheiden würde?

53. Abgeordneter **Horn** (SPD)

Welche Vorkehrungen hat die Bundesregierung getroffen für den Fall, daß Spanien seine finanzielle Beteiligung an der Entwicklungsphase oder an späteren Phasen des Projekts EFA reduziert, weil Spaniens finanzielle Möglichkeiten überschritten werden?

54. Abgeordnete **Frau Fuchs (Verl)** (SPD)

Treffen Presseberichte (DER SPIEGEL, 14. November 1988) zu, wonach die Teilnehmerstaaten des Projekts „Jäger 90" eine Zusatzvereinbarung abgeschlossen haben, die es Spanien erlaubt, seine Beteiligung von 13 v. H. am Entwicklungsvorhaben „Jäger 90" zu reduzieren, und wenn ja, wann wird die Bundesregierung diese Zusatzvereinbarung dem Parlament und seinen zuständigen Fachausschüssen vorlegen?

55. Abgeordnete **Frau Fuchs (Verl)** (SPD)

Kann die Bundesregierung garantieren, daß Spanien seinen Anteil von 13 v. H. am Entwicklungsvorhaben „Jäger 90" aufrechterhält?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

56. Abgeordneter **Reimann** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es auf dem bundesdeutschen Markt zur Zeit ein florierendes Geschäft mit rassistischen und neonazistischen Computerspielen gibt, und was hat sie bisher gegen die Produktion derartiger Spiele unternommen?

57. Abgeordneter **Reimann** (SPD)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um den Diskettentauschhandel mit derartigen Spielen in Schulen und Jugendtreffs zu unterbinden?

58. Abgeordneter **Fuchtel** (CDU/CSU)

Welche chemischen Prozesse und Zutaten sind erforderlich, um Soja-Milch herzustellen, und wie ist dies im Blick auf das Ziel einer Zurückdrängung von Chemie bei der Herstellung von Lebensmitteln zu bewerten?

59. Abgeordnete **Frau Würfel** (FDP)

In welcher Höhe sind nach Auffassung der Bundesregierung Asbestkonzentrationen im Trinkwasser, wie sie in jüngsten Untersuchungen z. B. im Saarland ermittelt wurden, mit dem Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz vereinbar?

60. Abgeordnete **Frau Würfel** (FDP)

Kann die Bundesregierung ein gesundheitliches Risiko für die Konsumenten asbesthaltigen Trinkwassers vor dem Hintergrund jüngster wissenschaftlicher Untersuchungen mit Sicherheit ausschließen?

61. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Welche Überlegungen haben die Bundesregierung veranlaßt, in dem vorliegenden Entwurf der Bier-Verordnung zu Lasten des deutschen Reinheitsgebotes weit über die Forderungen des EuGH hinauszugehen, in dem sie den Import eines jeden Produktes, das in irgendeinem Land der Erde als „Bier" bezeichnet wird, unter bestimmten Voraussetzungen für zulässig erklärt, und ist sie bereit, diese Ausnahmeregelung auf Produkte, die innerhalb der EG erzeugt werden, einzuschränken?

62. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Bier-Verordnung weiterhin so abzuändern, daß ausdrücklich klargestellt wird, daß bei der inländischen Bierherstellung die Verwendung von Enzymen, technischen Hilfsstoffen sowie von den Zusatzstoffen gleichgestellten Stoffen auch nach dem Urteil des EuGH nicht zulässig ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

63. Abgeordneter **Duve** (SPD)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die unhaltbaren Zustände bei den realen Fahrzeiten im Gefahrgut-Verkehr auf deutschen Landstraßen zu beenden (vgl. den Bericht „Ich fuhr eine rollende Bombe" von Christian Jungblut in Heft 12/1988 der Zeitschrift GEO)?

64. Abgeordneter **Duve** (SPD)

Wie wird die Bundesregierung auf die Enthüllungen des GEO-Journalisten reagieren, denen zufolge es zur Zeit „ein Kinderspiel" ist, auch als Laie in wenigen Tagen in den Besitz der entsprechenden Lizenzen und Führerscheine zu gelangen, um höchstgiftige Ladungen, inclusive radioaktiver Stoffe, transportieren zu dürfen?

65. Abgeordneter **Dr. Schroeder (Freiburg)** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts Freiburg, mit dem die Voraussetzungen für den Bau der neuen Bundesstraße B 31-Ost im Stadtgebiet von Freiburg bis Kirchzarten aufgehoben wurden, hinsichtlich der bestehenden unerträglichen Verkehrsbelastung im Osten der Stadt Freiburg und im Dreisamtal?

66. Abgeordneter **Dr. Schroeder (Freiburg)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, durch einen vorrangigen Ausbau der Höllentalbahn zumindest den Schwerlastverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

67. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die südafrikanische Regierung einer Delegation der österreichischen katholischen Bischofskonferenz, die Ende Oktober nach Südafrika reisen wollte, die Einreisevisa verweigert hat, und folgt sie der Aufforderung der südafrikanischen Bischofskonferenz, daraufhin südafrikanischen Politikern und Apartheidbefürwortern die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland zu verwehren?

68. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus, daß südafrikanische Behörden zum zehnten Mal in vier Jahren dem stellvertretendem Bischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Namibia, Dr. Zephania Kameeta, die Ausreise durch Paßverweigerung unmöglich gemacht haben, so daß er weder der Einladung des UN-Commissioner für Namibia, Bernd Carlsson, zu einer Veranstaltung in Kanada noch einer Einladung der westfälischen Kirchen folgen konnte, um auf einer Veranstaltung in Dortmund zur Resolution 435 der Vereinten Nationen zu sprechen?

69. Abgeordneter **Lowack** (CDU/CSU)

Treffen Mitteilungen zu (vgl. DIE WELT vom 10. November 1988), wonach die Entwicklung, Beratung und Verabschiedung eines NATO-Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung durch den deutschen Außenminister verzögert wird?

70. Abgeordneter **Lowack** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der deutsche Außenminister von Radio Moskau zwischenzeitlich als Zeuge für den sowjetischen Abrüstungswillen zitiert wird, und welche Äußerungen bzw. Erfahrungen des Außenministers liegen dieser Wertung zugrunde?

71. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wie beurteilt der Bundesminister des Auswärtigen die Vorgänge in Ankara im Zusammenhang mit der Prozeßbeobachtung Dev-Yol und die damit zusammenhängende Verhaftung deutscher Parlamentarier?

72. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Teilt der Bundesminister des Auswärtigen die Kritik der Abgeordneten am Verhalten der Botschaft, Begriffe wie „Versager-Botschaft" oder „Pannenbotschaft" waren in der Presse zu lesen, und wenn nein, warum nicht?

73. Abgeordnete **Frau Ganseforth** (SPD)

Wie gedenkt die Bundesregierung auf die Festnahme und Mißhandlung deutscher Bürgerinnen und Bürger durch die türkische Polizei anläßlich einer Prozeßbeobachtung in Ankara Anfang November 1988 zu reagieren?

74. Abgeordneter **Jäger** (CDU/CSU)

Wie viele Personen befinden sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung in der Sowjetunion wegen politischer „Delikte" oder wegen Verstoßes gegen die repressiven Religionsgesetze oder sonst auf Grund ihrer politischen oder Gewissensüberzeugung in Haft oder in Straflagern, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Gesamtzahl der im sogenannten ARCHIPEL GULAG eingekerkerten Personen auf dem Gebiet der UdSSR?

75. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der Verhandlungen in den drei Arbeitsgruppen mit der Volksrepublik Polen, die nach dem Besuch des Bundesministers des Auswärtigen in Warschau im Januar 1988 eingerichtet wurden?

76. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Welche Gründe gibt es, daß der Außenminister der Volksrepublik Polen trotz wiederholter Einladungen seinen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland bisher nicht abstatten konnte?

77. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der deutsche Generalkonsul in Mailand, Steinkühler, sich weigerte, an einer von ihm selbst einberufenen Gedenkfeier anläßlich des Volkstrauertages am deutschen Soldatenfriedhof Costermano bei Verona teilzunehmen, weil dort neben 21 950 deutschen Soldaten auch ein ehemaliger SS-Sturmbannführer begraben sein soll?

78. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen zieht daraus die Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

79. Abgeordneter **Schreiner** (SPD)

Auf Grund welcher Erkenntnisse kommt der Bundesminister des Innern zu der in der Bundestagsdrucksache 11/3244 gemachten Aussage: „ ‚Faschismus' ist ein politischer Kampfbegriff, den vor allem Kommunisten verwenden"?

80. Abgeordneter **Fuchtel** (CDU/CSU)

In welchen europäischen Staaten gibt es gesetzliche oder vereinbarte Einschränkungen für die Durchführung oder Veröffentlichung von Meinungsumfragen in den letzten Tagen vor den Wahlen, und gedenkt die Bundesregierung, aus den ausländischen Regelungen und Erfahrungen Folgerungen für die Bundesrepublik Deutschland zu ziehen?

81. Abgeordneter **von Schmude** (CDU/CSU)	Welche Entscheidungskriterien waren für die Bundesregierung bei der Standortauswahl für das neu zu errichtende Dokumentationszentrum Lastenausgleich maßgebend?
82. Abgeordneter **von Schmude** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, in der ursprünglich als Standort vorgesehenen Stadt Lübeck eine andere Bundeseinrichtung als Ausgleichsmaßnahme anzusiedeln?
83. Abgeordneter **Grünbeck** (FDP)	Kann die Bundesregierung den Eindruck bestätigen, daß es in der letzten Zeit zu einer deutlichen Zunahme von Stätten verbotenen Glücksspiels gekommen ist, und könnte eine solche Entwicklung auch eine Auswirkung restriktiver Maßnahmen gegen legale Spielstätten sein?

Bonn, den 25. November 1988

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg) 1, Telefon (02242) 6044
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333